

Türkischer Islam – eine Herausforderung für Europa?

Neue Tendenzen in der Türkei und ihre möglichen Auswirkungen auf die europäischen Integrationsansätze

Von Faruk Şen

Die Türken im heutigen Europa

Seit der Truman-Doktrin von 1947 war die türkische Republik wieder erkennbar im Konzert der Mächte vertreten.¹ Die islamische Revolution im Iran und ihre möglichen Auswirkungen auf die Türkei und der dritte Militärputsch von 1980 waren Ereignisse, von denen auch Westeuropa mittelbar betroffen war. Seit dem Assoziierungsvertrag mit der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) von 1963 und, noch deutlicher, seit dem Antrag auf die EG-Vollmitgliedschaft vom 14. April 1987 steht die Türkei auf der Schwelle zum viel zitierten »gemeinsamen europäischen Haus« und seit Beginn der Golfkrise und besonders nach Beendigung des Golfkrieges schließlich in einer innen- wie außenpolitisch veränderten Konstellation mit neuen Herausforderungen. Demokratische sowie islamisch-fundamentalistische Entwicklungen auf der einen Seite und wachsende politisch-wirtschaftliche Beziehungen mit den islamischen Staaten auf der anderen Seite bilden gegenwärtig aktuelle Probleme der Türkei und bestimmen ihr Erscheinungsbild in Westeuropa.

Mit der Tatsache, daß die EG den türkischen Antrag auf Vollmitgliedschaft zum Jahreswechsel 1989/90 auf die lange Bank geschoben hatte, war aber wieder einmal jenes Türkeibild beschworen worden, nach dem sich die Türkei u.a. in einem Antagonismus zwischen Kemalismus und Islam befinde, in einem fortdauernden Zustand der Unentschiedenheit, der tiefgreifende soziale Reformen und eine stabile Regierungsform verhindere und die europäische religiöse Homogenität zu stören drohe. Die damit gestellten Fragen richten sich bisher vorwiegend auf verteidigungsstrategische und vordergründig wirt-

¹ Vgl. zum Folgenden grundsätzlich A. Celikel, Anti-laic political movements. A Basis for compromise, in: *Zeitschrift für Türkeistudien* 2/1991 (in Vorbereitung); Th. Meyer (Hrsg.), *Fundamentalismus in der modernen Welt. Die Internationale der Unvernunft*. Frankfurt/Main 1989; Ders., *Fundamentalismus. Aufstand gegen die Moderne*. Reinbek 1989; N. Narli, The significance of inter-religious dialogue in the course of Turkey's integration with West, in: *Zeitschrift für Türkeistudien* 2/1990, S. 285ff.; Ders., State, Religion and the Opposition in Turkey, in: *Zeitschrift für Türkeistudien* 2/1991, S. 27ff.; E. Özcan, *Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 1989; D. Rüstow, *Die Türkei – Brücke zwischen Orient und Okzident*. Göttingen 1990; Chr. Rumpf, *Laizismus und Religionsfreiheit in der Türkei. Rechtliche Grundlagen und gesellschaftliche Praxis*. Ebenhausen 1987; H. Schüler, *Re-Islamisierung: der Fall Türkei*, in: *Zeitschrift für Türkeistudien* 1/1989, S. 63ff.; F. Şen, *Türkei – Land und Leute*. München ³1991; B. Toprak, Religion als Staatsideologie in einem laizistischen Staat: Die Türkisch-Islamische Synthese, in: *Zeitschrift für Türkeistudien* 1/1989, S. 55ff.

schaftspolitische Aspekte, zunehmend aber auch auf verfassungs- und kulturpolitische Fragen wie die Menschenrechtspraxis der Türkei und das Verhältnis des Staates zum Islam und dessen gesellschaftspolitischer Rolle.

In Europa wird die Einschätzung des türkischen Staates, vor allem aber die Spannung zwischen Islam und Laizismus im Alltag des türkischen Verfassungs- und Staatslebens mit Vorstellungen von der türkischen Identität als etwas Statischem in Verbindung gebracht, das unveränderbar fortbestehe und daher eine Integration von Türken in Deutschland oder in Europa »objektiv« unmöglich mache, da sie Moslems seien. Anstelle dieser Kette von Vorurteilen und Klischees muß aber von der Grundkategorie des sozialen Wandels ausgegangen werden, die auch auf die Türkei anzuwenden ist, wenn ihr spezifisches Verhältnis zum Islam in Frage gestellt wird.

Feindbild Islam

Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Islam hat in den westeuropäischen Industriegesellschaften eine knapp dreißigjährige Geschichte. Die ersten Begegnungen mit dem islamischen Glauben setzten mit der Arbeitsmigration aus Südosteuropa und aus den Maghreb-Staaten in die westeuropäischen Länder ein. Die Algerier und Tunesier in Frankreich, die Türken in der Bundesrepublik Deutschland sorgten für erste Annäherungen, aber auch für erste diffuse Konflikte zwischen der christlichen Mehrheit und den islamischen Minderheiten.

Durch die islamische Revolution im Iran und durch die Machtergreifung von Khomeini in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nahm der Islam aus westeuropäischer Sicht einen ganz anderen Stellenwert an, da die aggressive und undemokratische Machtstruktur im Iran mit ihrem missionarischen Eifer in diesen Staaten neue Sorgen und Ängste gegenüber dem Islam entstehen ließ.

Der Golfkrieg und die Aggression des Irak gegen Kuwait, einen anderen islamischen Staat, sowie der gleichzeitige Umschwung in Europa (vor allem in den ehemaligen COMECON-Staaten) vom Sozialismus hin zum Kapitalismus brachten den Islam immer mehr in den Vordergrund der Diskussion. Die früheren Feindbilder, die sich hauptsächlich am Marxismus artikuliert hatten, verloren durch den Wandel in Osteuropa an Bedeutung, während innerhalb westeuropäischer Staaten ein neues Feindbild, nämlich der Islam, deren Stelle einzunehmen begann.

Innerhalb der islamischen Weltkonferenz gibt es 43 islamische Staaten als Vollmitglieder. Diese islamischen Staaten haben aber in der neueren Geschichte nie ein homogenes Bild abgegeben. Radikale, fundamentalistisch islamische Staaten, nach Westeuropa orientierte islamische Staaten und laizistische Staaten wie die Türkei sorgen für ein heterogenes Bild der islamischen Welt.

Das laizistische türkische Modell

Aufgrund ihrer jüngeren Geschichte erweist sich vor allem die Türkei als Sonderfall in der islamischen Welt von heute, da sie sich seit ihrer revolutionären Gründung im Jahre 1923 zu Modernisierungsprozessen historischen und sozialen Wandels entschlossen hat, die wir nach den Verlaufsmodellen der europäischen Sozialgeschichte mit Begriffen wie Mobilität, Urbanisierung, Industrialisierung, Bürokratisierung und Rationalisierung bezeichnen. Modernisierungsprozesse dieses Typs sind zugleich auch Prozesse von Säkularisierung, des Verlustes einer alles umfassenden religiösen Weltdeutung, unter Umständen auch des Verlustes moralischer Sicherheit und Geborgenheit in der sozialen Kontrolle gewachsener Gemeinschaften. Rationales Denken und Verhalten treten im Wege der Modernisierung an die Stelle ausschließlich religiös bestimmter Verhaltensweisen. Die religiöse Zugehörigkeit selbst ist der Wahlfreiheit des Individuums überlassen.

Innerhalb der kemalistischen Reformen hatte das Verfassungsprinzip des »Laizismus« die Transformationen des von den traditionellen religiösen Mächten beherrschten Osmanischen Reiches zu einem weltanschaulich neutralen modernen Nationalstaat europäischer Prägung zu gewährleisten. Danach ist die Religionsausübung als solche gemäß Verfassung geschützt, während die gleiche Verfassung mit dem Bekenntnis zu einem laizistischen Staat auf einen Ausgleich zwischen den säkularistischen Staatszielen und den religiösen Individualinteressen bedacht ist.

Es ist die stets wiederkehrende Frage der Europäer, ob dieses Entwicklungsmodell von Säkularisierung auch für die Türkei Geltung hat.

Das türkische Modell hatte sich unter Vorzeichen einer Reform von oben bereits im Osmanischen Reich angebahnt, die aber erst mit der Gründung des türkischen Nationalstaates zu durchschlagenden Ergebnissen gelangte. Dort wurde formal die neue rechtlich-politische Organisationsform des bürgerlichen Verfassungsstaates im Rahmen einer gleichzeitigen Kulturrevolution beispiellosen Ausmaßes und Anspruchs eingeführt, ohne daß zuvor entsprechende Prozesse sozialen Wandels dahin geführt hätten. Von 1923 bis 1938 vollzog sich stattdessen der Versuch, ein muslimisches Land, bis 1924 Sitz des Kalifats, in schneller Aufeinanderfolge durch eine »Revolution von oben«, insbesondere durch eine »Erziehungsdiktatur« zu modernisieren. So leiteten die kemalistischen Reformen die zur Industrialisierung der Wirtschaft nach europäischem Vorbild notwendigen Schritte ein, doch blieben daneben auf dem Lande die traditionellen Produktionsweisen und die überkommenen Denk- und Lebensformen vorherrschend. Das gilt vor allem für die ununterbrochen fortbestehende islamische Religiosität, die in jüngster Zeit auch teilweise wieder politisch an Boden gewinnt.

Islam in der Bundesrepublik Deutschland

In der westeuropäischen Öffentlichkeit ist es seit Anfang der achtziger Jahre zu einer auch breitere Schichten erfassenden Auseinandersetzung mit dem Islam gekommen, nachdem die Thematik in früheren Jahrzehnten dem Diskurs innerhalb der anderen Religionsgemeinschaften bzw. der einschlägigen wissenschaftlichen Disziplinen überlassen war. In der Bundesrepublik spielen bei dieser aktuellen Auseinandersetzung naturgemäß die Türkei und der türkische Islam eine gravierende Rolle vor allem dort, wo, von der Öffentlichkeit wenig zur Kenntnis genommen, ganze Berufsgruppen von einer Thematik herausgefordert werden, auf die sie nach dem traditionellen deutschen Bildungskanon nicht vorbereitet sind.

1972 waren 83 % der Türken, die in der Bundesrepublik Deutschland lebten, Arbeitnehmer(-innen). Von 1974 an, kurz nach dem Anwerbepost im November 1973, kamen viele türkische Jugendliche und Ehepartner im Rahmen der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik Deutschland, so daß sich von 1975 an innerhalb der türkischen Minderheit eine gravierende strukturelle Änderung feststellen ließ. Besonders von 1980 an nahm der Anteil der türkischen Arbeitnehmer innerhalb der türkischen Minderheit so stark ab, daß im Jahre 1990 unter 1612 000 Türken lediglich noch 32 % Arbeitnehmer auszumachen waren. Zwei Drittel der türkischen Minderheit gehören inzwischen der zweiten Generation an oder sind nichterwerbstätige Familienangehörige. Das führte dazu, daß im schulischen Bereich und auch bereits im Kindergarten in der christlich geprägten Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland eine islamische Minderheit auftrat, die nach ihren Regeln in einem christlichen Land neue Infrastrukturen schaffen wollte. Probleme gab es in konfessionsgebundenen Kindergärten, andere Probleme in den Hauptschulen, so daß sich schließlich in Ballungsgebieten ganze Berufsgruppen, Erzieher(-innen), Sozialarbeiter(-innen) und Lehrer(-innen) mit den kulturellen Eigenheiten ihrer Klientel und also auch mit dem Islam beschäftigen mußten. Die Frage nach den Möglichkeiten eines Zusammenlebens zwischen Christen und Moslems stellt sich in der Bundesrepublik Deutschland daher immer unausweichlicher, nachdem die Mehrzahl der Türken langfristig hierbleiben möchte, was alle Umfragen seit 1980 ganz eindeutig belegen.

Während diese Fragen in den siebziger und achtziger Jahren nur vom Kindergarten bis zu den weiterführenden Schulen und im Bereich Übergang Schule/Beruf auftraten, steht seit Anfang der neunziger Jahre in der Bundesrepublik mit den türkischen Rentnern, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren möchten, eine weitere sozialpolitische Aufgabe ins Haus.

Islamische Einflüsse in der heutigen Türkei

Der islamische Fundamentalismus und die Bedeutung des Islam waren im allgemeinen seit der Staatsgründung am 29. Oktober 1923 durch Mustafa Kemal Atatürk stark zurückgegangen, erlebten aber im Anschluß an den zweiten Militärputsch vom 12. März 1971 durch die Gründung der islamisch geprägten *Partei des Nationalen Heils* eine erste Blütephase während der siebziger Jahre. Diese Partei machte eine Rückkehr des Kalifats und eine Reislamisierung der Türkei zum Kern ihres Programmes. Der Parteivorsitzende, N. Erbakan, lehnte alle vertraglichen Bindungen der Türkei mit der westlichen Welt ab. Statt dessen wollte er einen gemeinsamen Wirtschaftsmarkt mit den arabischen Ländern aufbauen und die Industrialisierung in der Türkei vorantreiben. Diese Partei des »Nationalen Heils« war während der siebziger Jahre an mehreren Koalitionsregierungen beteiligt und konnte so ihre Ziele teilweise verwirklichen.

Eine zweite Blütephase erlebte der Islam in der Türkei nach dem dritten Militärputsch vom 12. September 1980. Obwohl das türkische Militär als Hüter des Laizismus in der Türkei gilt, konnten sich islamische Kreise auch nach 1980 weiter etablieren.

Die politische und wirtschaftliche Annäherung an die islamischen Staaten nahm ab 1981 besonders rasch zu. Die Türkei erzielte größere Anteile an Exporten in die arabisch-islamischen Staaten bzw. an Bauaufträgen aus diesen Ländern. Wesentlich dabei war vor allem, daß von ihrem wertmäßigen Importvolumen her bedeutende Länder wie Iran, Irak, Libyen und Saudi-Arabien zu Exportpartnern der Türkei wurden. Diese Länder, die in der OPEC organisiert sind und der Türkei beim Ölimport zum Teil Angebote zu besonderen Konditionen machten, gewannen seit 1979 für die Türkei rasch auch als Absatzländer an Bedeutung.

Diese Entwicklung bewirkte auch auf politischer Ebene eine starke Annäherung an die islamische Welt. Die Türkei nahm regelmäßig an den islamischen Weltkonferenzen teil und wurde Mitglied dieser Organisation. Diese Politik hatte vier Ziele. In erster Linie wollte die Türkei mit bilateralen Beziehungen ihr Exportvolumen steigern, Präferenzen bei der Vergabe von Bauaufträgen gewinnen und Öl zu Sonderkonditionen beziehen, was ihr bei Iran, Irak und Libyen auch sehr gut gelang. Zudem wollte man die islamischen Staaten im Zypern-Konflikt für die türkische Seite gewinnen und dadurch die Anerkennung der türkischen Republik Nordzypern durch diese Staaten erreichen. Dies gelang der Türkei jedoch nicht.

Insgesamt konnten die islamischen Kräfte, die auch noch innerhalb der bisher regierenden Mutterlandspartei starke Flügel bilden, in Hochschulen und in einigen Ministerien sowie in den Ministerien für Erziehung und Arbeit Fuß fassen. Dennoch werden ihre Einflußmöglichkeiten und die sich daraus erge-

bende Gefahr für den türkischen Laizismus nicht ein Ausmaß erreichen können, wie dies im Iran der Fall war. Diese islamischen Kräfte, die sich in der Türkei innerhalb der bestehenden Gesetze nicht mehr stark erweitern können, haben ihre Aktivitäten in den letzten Jahren zunehmend in die Bundesrepublik Deutschland verlagert.

Islamische Gruppierungen in der Industriegesellschaft

Von einer Abwanderung der Türken in die Bundesrepublik – zunächst als Arbeitskräfte und später als Familienangehörige – kann erst ab 1961 gesprochen werden. Damit kam zum ersten Male eine größere Volksgruppe in die Bundesrepublik Deutschland, die sowohl von ihrer Kultur als auch von ihrer Religionszugehörigkeit her von den Deutschen und anderen Ausländergruppen in diesem Land erheblich abwich. Diese Minderheit existiert seit nunmehr 30 Jahren in Deutschland und hat hier an sich selbst, wie andere Ausländer, im Laufe der Jahre einen strukturellen Wandel miterlebt. Zuerst waren sie Gastarbeiter, dann nannte man sie ausländische Arbeitnehmer und seit der Familienzusammenführung ab 1974 ausländische Wohnbevölkerung oder sogar ausländische Mitbürger. Untersucht man heute die Verweildauer, die sinkenden Rückkehrabsichten und die Eingliederungsmotivationen der Türken in Deutschland, kann man davon ausgehen, daß trotz einer restriktiven Ausländerpolitik und einer ablehnenden Haltung weiter Bevölkerungskreise gegenüber Türken dieses Land inzwischen für die Mehrzahl der Türken ein Einwanderungsland geworden ist.

Zu fragen ist aber, ob für eine Eingliederung der Türken auch alle kulturellen, infrastrukturellen und gesetzlichen Gegebenheiten vorhanden sind? Welche Eingliederungstendenzen zeigen die muslimischen Türken? Dies sind einige der vielen Fragen, die bezüglich der Eingliederungschancen der Türken geblieben sind.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich besonders durch die Familienzusammenführung nach 1974 de facto zu einer multikulturellen Gesellschaft entwickelt, mögen die Regierung und spezifische Teile der deutschen Öffentlichkeit sich auch dagegen wehren. Fast 4,5 Millionen Ausländer leben seit Jahren in dieser Gesellschaft, pflegen ihr Kulturgut, sind aber auch dabei, kulturelle Austauschprozesse zu vollziehen. Verschiedene deutsche Institutionen wie Kirchen und Gewerkschaften und auch einige prominente Politiker haben ihr Einverständnis mit einer multikulturellen Entwicklung erklärt, da praktisch nur der Islam durch historischen Hintergrund, sein Kulturgut und seine von daher geprägte Lebensweise von den anderen Kulturen abweicht.

Zwar ist als Folge der islamischen Revolution im Iran zunächst ein falsches Bild vom Islam in Europa entstanden, so daß sich sowohl innerhalb der west-

europäischen Presse als auch unter Intellektuellen die Meinung verfestigt hat, die Türkei als der einzige laizistische Staat mit fast 100 % muslimischer Bevölkerung werde zunehmend ein Schauplatz der Reislamisierungswelle, kapsele sich von Westeuropa ab und sei kulturell insgesamt den Westeuropäern fremd.

Gegen diese weit verbreiteten, wissenschaftlich nicht haltbaren Positionen dem Islam und den Türken in der Bundesrepublik Deutschland gegenüber haben sich namhafte Fachleute ausgesprochen. Der Islam stelle trotz fehlender Reformen und abgesehen von einigen Praktiken in nicht säkularisierten islamischen Staaten für die Türken in der Bundesrepublik Deutschland kein unüberwindbares Hindernis bei der Eingliederung der türkischen Minderheit in die deutsche Gesellschaft dar. Die einzige Ausnahme bilden die Aktivitäten einiger extrem konservativ religiöser Immigrantensorganisationen, die vor allem in den siebziger Jahren unter dem Stichwort »nationalistische graue Wölfe« und »Koranschulen« in der Bundesrepublik auffielen. Hier wäre der Hinweis wichtig, daß es sich bei diesen Muslimen mehrheitlich nicht um extremistisch militante Gegnerschaft zu den hier angetroffenen gesellschaftlichen Realitäten handelt, sondern noch nach Jahrzehnten um eine Auflehnung gegen die damals in der Türkei »von oben« verordneten Reformen und den Versuch, in der Migration ihre Identität zu wahren, die vor allem bei der Landbevölkerung im Islam verwurzelt ist und nicht im laizistischen Kemalismus, der zu Hause selbst zur Ideologie wurde.

Man muß auch wissen, daß diese zum Teil extremistischen Verhaltensweisen wesentlich mit Vorstellungen von einer Rückkehr in die Türkei in Zusammenhang stehen. Das Zusammenspiel von rechtsradikal-nationalistischen und orthodox-islamischen Vereinen hat seine Legitimation aus der bekannten »Rückkehrbehauptung« der Türken, in Wahrheit einer Rückkehrillusion, bezogen, die sie – entgegen ihren Behauptungen, den Interessen ihrer Landsleute dienen zu wollen – ebenso bewußt gefördert haben – wie die deutsche Ausländerpolitik. Im gleichen Zusammenhang haben die extremen »Linken« und die fundamentalistischen Moslems pragmatische Ansätze zur Selbstorganisation von politischen Interessen in der Migration als Abwechslertum und politischen Opportunismus denunziert und ihre Landsleute damit ins Ghetto getrieben. Es ist zu erwarten, daß diese ideologischen Positionen bei längerem Aufenthalt unter den Lebensbedingungen einer hochentwickelten Industriegesellschaft an Rückhalt verlieren werden.

Es ist daher nicht richtig, aus der Tätigkeit dieser Organisationen zu schließen, daß die 1,6 Millionen Türken in der Bundesrepublik Deutschland nicht integrierbar seien, weil sie Moslems sind. Legt man die Definition des Begriffs »Integration« von Liselotte Funcke zugrunde: »Freisein von Diskriminierung und Eingliederung in die Gesellschaft und in das Berufsleben im Respekt vor der nationalen, kulturellen und religiösen Eigenart der Ausländer«, so ist für eine Eingliederung der Ausländer freilich die Akzeptanz einer multikulturellen

Gesellschaft durch die Deutschen eine der Voraussetzungen. Die türkische Minderheit in der Bundesrepublik Deutschland hat dieses Land im wesentlichen als eine neue Heimat akzeptiert. Die ersten Berichte über Erfahrungen von Rückkehrern in den Jahren 1983 und 1984 sind negativ. Nur wenige Rückkehrer konnten die Reintegration wirtschaftlich, sozial und beruflich verwirklichen, während die wirtschaftliche, politische, berufliche und soziale Integration in der Bundesrepublik erheblich erfolgreicher verläuft.

Bedingt durch ihre Sozialisation, in der u.a. der Prophet Mohammed selbst den Gläubigen empfiehlt, 90 % ihrer Existenz bzw. ihres Lebensunterhalts durch Handel zu bestreiten, war und ist eine »selbständige« Existenz für Türken in der Heimat wie im Ausland immer noch groß geschrieben.

Daran ist zu erkennen, daß nicht nur durch Verträge – wie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft –, sondern auch durch die Fakten der Migration in Europa ein multikulturelles Zusammenleben verwirklicht werden kann. Die gegenüber dem Islam herrschenden Vorurteile, deren Ursprünge in den Kreuzzügen und dem fortgeschleppten Bildungspartikel »Türkengefahr« zu suchen sind, sollten beim Zusammenleben mit Türken in der Bundesrepublik nicht überbewertet werden. Denn auch der Islam hat seine Toleranz weiterentwickelt. Selbst wenn der militante Fundamentalismus als »Aufstand gegen die Moderne«/»Internationale der Unvernunft« (Th. Meyer) in der islamischen Welt gegenwärtig an Zulauf gewinnt, fehlt es z.B. nicht an Hinweisen auf die zeitweilig in der Türkei verschütteten universalistisch-kosmopolitisch-toleranten Traditionen der sufischen Mystik als der Wiege freiheitlicher und humanistischer Gedanken, die sich auch heute noch unschwer mit christlich-abendländischen Traditionen verbinden lassen. Ein äußeres Zeichen dieser möglichen Wiederannäherung ist der Vorschlag der UNESCO, in diesem Jahr das Gedächtnis des türkischen Derwischs und Volksdichters Yunus Emre (13./14. Jahrhundert) zu feiern.

Wenn nicht alle Beobachtungen täuschen, sind zumindest für die Türken in der Bundesrepublik Deutschland weder die Mullahs im Iran noch entsprechende Strömungen in den nicht säkularisierten arabischen Staaten maßgeblich für ihre Lebensführung.

Die Frage nach der Stabilität nach den Wahlen vom Oktober 1991

Die Türkei hatte von 1974 an, nach der Auflösung der Koalitionsregierung zwischen der damals sozialdemokratisch orientierten *Republikanischen Volkspartei* und der *Partei des Nationalen Heils* bis zum Militärputsch von 1980 eine von innenpolitischen Spannungen und politischem Extremismus beherrschte Phase erlebt. Die zwei Koalitionsregierungen der sogenannten *Parteien der Nationalen Front* brachten die Türkei in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre

in eine chaotische Situation, die das Militär zum dritten Male an die Macht brachte. Die auf Diktatur gegründete Stabilität der Türkei unter der Militärrherrschaft von 1980 bis 1983 konnte mit der Alleinregierung der *Mutterlandspartei* von 1983 bis Oktober 1991 erhalten werden, da diese mit einer beinahe Zwei-Drittel-Mehrheit innerhalb des türkischen Parlamentes eine Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik ohne Rücksicht auf die Opposition durchführen konnte. Diese trotz steigender Inflationsrate, zunehmender Arbeitslosigkeit, innen- und außenpolitischer Schwierigkeiten wirksam gewesene Stabilität wird sich nach den Wahlen vom Oktober 1991 nicht mehr halten lassen. Durch die neuen Mehrheitsverhältnisse zugunsten der konservativen *Partei des Richtigen Weges* unter Demirel wird die Türkei wieder auf Koalitionsregierungen angewiesen sein, das heißt, es werden links und laizistisch eingestellte sozialdemokratische Parteien, verfeindete konservative Parteien und eine wieder stärker auf Einfluß drängende pro-islamische Partei die politische und gesellschaftspolitische Zukunft der Türkei bestimmen.

Innenpolitisch leidet die Türkei zusätzlich unter einer neuen Entwicklung von eventuell ausschlaggebender Bedeutung, die deutlich islamisch geprägte Vorstellungen ins Spiel bringt. Die zunehmende Binnenmigration im Lande dort sorgt dafür, daß Ost- und Südostanatolien immer mehr Menschen verlieren. Die großen Städte haben ihre Bevölkerungsgrenzen inzwischen überschritten, fast 40 % der türkischen Gesamtbevölkerung leben in den fünf Großstädten Ankara, Istanbul, Izmir, Bursa und Adana. Die Binnenmigration wird dazu führen, daß im Jahre 2000 über die Hälfte der türkischen Gesamtbevölkerung in diesen fünf Großstädten leben wird. Die Kommunen in den industrialisierten Regionen sind der damit neu geschaffenen Problematik nicht gewachsen, da sich statt einer Urbanisierung der städtischen Bevölkerung unter dem Einfluß der zugezogenen Landbevölkerung eine »Ruralisierung« der Städte, ein Einzug ländlicher, konservativer, religiös bestimmter Denk- und Lebensform dominierend bemerkbar macht, mit allen Erscheinungsformen sozialer Kontrolle, der man in der Stadt enthoben zu sein glaubte. Eng verbunden mit dieser Land-Stadt-Wanderung stellt sich die sozialpolitische Frage nach dem Verbleib der Alten und der Vorschulkinder in den eng gewordenen Städten, deren Versorgung auf dem Lande im Rahmen des traditionellen religiösen Pflichtenkanons kein Problem war. Jetzt scheitert diese verinnerlichte Pflichtleistung an den Raumfragen, die keine Regierung bisher vorbedacht hat, solange das »alte« System der familieninternen Vorsorge und Versorgung funktionierte.

Die moderne Welt, die oben genannten Modernisierungsprozesse sozialen Wandels sind auch in der Türkei seit ihrer Gründung vorgegeben und werden tradierte Lebensformen rationalisieren und bisher religiös bestimmte Verhaltensweisen säkularisieren, wie es der laizistische Ansatz der Verfassung vorgehen hatte.

Zusammenfassung

Alle türkischen Regierungen seit Atatürk haben zwar den revolutionär »verordneten« Laizismus als formelle politische Handlungsmaxime anerkannt, doch hat es zwischen dem radikalen Laizismus der Anfangszeit bis hin zu der Türkisch-Islamischen Synthese der achtziger Jahre nicht an inhaltlichen Auslegungen dieses Prinzips gefehlt, die sich u.a. auch an entsprechenden Entwicklungen in der Parteienlandschaft, den wechselnden parlamentarischen Mehrheiten und den Koalitionen ablesen lassen.

Wir können daraus schließen, daß, wie im Falle ehemals christlich dirigierter Länder, auch in der Türkei ein Prozeß des sozialen Wandels in Gang gekommen ist, bei dem sich die Säkularisierung zeitweilig verlangsamt, insgesamt aber nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Das gilt auch für die Türken im Ausland.

So bietet die Türkei heute zur Frage des Verhältnisses von Staat und Religion ein Bild des Kompromisses, der Toleranz und der pragmatischen Übereinkunft zwischen Religion und Säkularisierung. Die Türkei ist mit ihrer zu 99,9 % islamischen Bevölkerung unverändert ein Land islamischer Prägung geblieben. Die Haupttendenz geht heute zwischen einem ideologisch strengen und einem modifizierten Laizismus dahin, das traditionelle und das moderne Leben konstruktiv und tolerant miteinander zu verbinden. Die Einstellungen zum Glauben sind dabei – wie im Westen – weit gefächert. Sie reichen von strenger Observanz bis zu deutlicher Gleichgültigkeit. Jeder türkische Erwachsene ist in seiner Entscheidung ungehindert, ob er ein religiöses oder ein religiös ungebundenes Leben führen will.